

**JOBS GESTRICHEN
TROTZ FÖRDERUNGEN**

Viele steirische Unternehmen haben Förderungen kassiert, um dann Kurzarbeit einzuführen, Jobs zu streichen oder ganze Standorte zu schließen.

Für Ärger sorgte etwa der **Leiterplattenhersteller AT&S**. 2009 ließ der Ex-SPÖ-Finanzminister Hannes Androsch – er ist Aufsichtsrats-Vorsitzender und einer der Eigentümer von AT&S – wissen, dass man in der Steiermark nicht mehr profitabel arbeiten könne. Die Produktion wurde nach Shanghai verlagert, mehr als 700 Jobs gingen in Leoben verloren. Dabei hat AT&S seit 1999 fast 9 Mio Euro an Förderungen kassiert. Mit der Auflage, dass es bis Ende 2011 2318 Arbeitsplätze gesichert werden müssen! Folge: Seit Anfang 2009 hat sich der AT&S Aktienkurs fast verdreifacht, das Unternehmen schreibt die besten Zahlen seit Jahren dafür, dass man Jobs gestrichen hat. Jetzt will man mit der Zentrale zurück nach Leoben – weil Förderungen winken?

Auch **Magna Steyr** bekam immer wieder Landesförderungen. Allein 2007 930.000 Euro. Ergebnis: Arbeiter und Angestellte mussten 2009 auf Teile der Gehälter und Löhne verzichten, das Unternehmen setzte massiv auf Kurzarbeit, die Menschen zahlten drauf.

Mehr als 800.000 Euro hat die Deutschlandsberger **EPCOS** seit 2007 aus mehreren Fördertöpfen bekommen. Den Beschäftigten brachte das nichts. Knapp 300 mussten bis 2009 gehen, für nahezu die gesamte Belegschaft gab es Kurzarbeit und Lohnkürzungen. Geichermaßen schlimm trieb es die **RHI**. 2007 und 2008 kassierte der Feuerfest-Konzern 665.000 Förder-Euro. 2009 wurden weltweit 1000 Jobs gestrichen, 80 davon in der Steiermark.

SEN

eines Konzerns?

nahme auf eine weitere Profitmaximierung aus ist“, sagt etwa Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau der KPÖ im Steiermärkischen Landtag. Ähnlich sieht das Jürgen Höfler, KPÖ-Gemeinderat in Schönegg bei Hartberg, der zudem davor warnt, dem Unternehmen jetzt auch noch „Steuergelder nachzuwerfen, um bestehende Aufträge in Hartberg zu extrem niedrigen Lohnkosten für die Firma abarbeiten zu lassen“.



foto: cc. flickr.com bnc-free

Triumph: Wohin wandern die Arbeitsplätze?

Lichtblick für Triumph?

Genau darauf scheinen es SPÖ und ÖVP allerdings anzulegen. So soll die Produktion in Hartberg bis Mitte November über eine Verlängerung

der Kurzarbeit aufrechterhalten werden. Der als „Lichtblick für Triumph“ verkaufte Deal, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Mogelpackung vor der Landtagswahl.

Während der Belegschaft bloß eine, wenige Wochen anhaltende, Schonfrist vor der sicheren Arbeitslosigkeit bliebe, müsste die öffentliche Hand dem Unternehmen weitere Gelder zuschießen. Die Triumph International hingegen könnte sich solcherart selbst den sicheren Abgang noch versüßen lassen.

„Das hilft den Arbeiterinnen nicht“

Für die Ausstellung „Land of Human Rights“ im Grazer Kunstverein <rotor> portraitierte der Maler Josef Schützenhöfer vor rund zwei Jahren sechs Arbeiterinnen der Triumph International Hartberg. Über die drohende Schließung des Werks sprach der in Pöllau lebende Künstler mit der Steirischen Volksstimme.



Josef Schützenhöfer

Sie haben vor zwei Jahren Arbeiterinnen von Triumph in Hartberg gemalt.

Josef Schützenhöfer: Es gab gewisse bürokratische Hürden und Vorgaben

der Unternehmensleitung, um zu den Arbeiterinnen vordringen zu können, aber der Zugang zu den Frauen selbst war überhaupt kein Problem. Mich interessieren ja diese Büroangelegenheiten nicht. Was mich interessiert,

das sind die Menschen.

Wie wurde die Nachricht von der drohenden Schließung des Werks vor Ort aufgenommen?

Josef Schützenhöfer: Was mich geärgert hat, das waren die Freiheitlichen. Die waren, unmittelbar nachdem das bekannt geworden ist, vor den Werkstören und haben ihre Hasspropaganda verteilt. Die sorgen sich nicht um Arbeitsplätze, die wollen Profit aus der Misere schlagen. Das hilft den Frauen, die jetzt um ihre Jobs bangen, gar nicht.

SP/VP: Plan- und willenlos

Die Art und Weise, wie sich SPÖ und ÖVP von der Triumph International vorführen lassen zeigt, wie plan- und willenlos sie der Willkür der Konzerne mittlerweile ausgeliefert sind. Claudia Klimt-Weithaler erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass sich „die Politik freiwillig den Spielregeln der Konzerne unterworfen hat.“ Dabei würden sich die Menschen von der Politik erwarten, dass sie nicht tatenlos zuschauen, wenn ihre Existenzgrundlage zerstört wird. Klimt-Weithaler: „Eine Wirtschaftspolitik im Interesse der Bevölkerung muss wieder die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Profitmaximierung ohne Rücksicht auf Verluste ein Riegel vorgeschoben wird“.